

Klaus J. Bade, Rede auf der Festveranstaltung ‚Aktiv werden – Zivilgesellschaft stärken‘ des ‚Bündnisses für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt‘, Berliner Abgeordnetenhaus, 23.5.2006

Alljährlich zum Verfassungstag am 23. Mai lädt das ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt‘ nach mehrtägigen Workshops und Diskussionsforen ein zu dieser feierlichen Verleihung des Preises ‚Botschafter der Toleranz‘ für vorbildliches zivilgesellschaftliches Handeln. Für beispielgebendes zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne der Ziele des Bündnisses werden heute vier ‚Botschafter der Toleranz‘ ausgezeichnet und im Anschluß einzeln vorgestellt.

Die Auswahl ist uns im Beirat nicht leicht gefallen angesichts der vielen und vielfältigen vorgeschlagenen Initiativen. Wichtig war uns das persönliche selbstbewußte und kritische Engagement. Was ist den ‚Botschaftern der Toleranz‘, die heute ausgezeichnet werden, im Sinn der Bündnisziele gemeinsam?

Zum einen ist es die aktive Wendung gegen menschen- und besonders minderheitenfeindliche Einstellungen und gegen davon ausgehende Tendenzen zu Gewaltakzeptanz, Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit, die mit unserer Demokratie und ihrer Rechtskultur absolut unvereinbar sind. Dazu gehört besonders das Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dazu gehört aber auch ganz konkret der persönliche Mut zur Intervention zum Schutz des Schwachen gegen Erniedrigung und Gewalt in jener Situation, die die Amerikaner den ‚Non Helping Bystander-Effekt‘ nennen, also das tatenlose, nicht helfende Zusehen bei Gewaltanwendung in der Öffentlichkeit.

Im Blickfeld stehen heute zum anderen Initiativen zur aktiven Integrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft durch persönliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement auf verschiedenen Ebenen. Das reicht von Initiativen auf Bundesebene bis herab ins kommunale und nachbarschaftliche Umfeld, auch in Kooperation und Verschränkung mit kommunalen und kommunalpolitischen Initiativen sowie solchen der Migrantenselbstorganisationen.

Beide großen Themen- und Aufgabenfelder, in die heute unsere Auszeichnungen gehen, haben mithin fließende Grenzen im Umgang mit einer der heute wichtigsten gesellschaftlichen und kulturellen Herausforderungen im Innern: der Integration als stets neuer Vermittlung zwischen dem Eigenen und dem Fremden in sozialem Frieden und kultureller Toleranz im Wertekonsens dieser liberalen Demokratie.

Es geht dabei vor allem um die Einigung darüber, was denn in der sich ständig wandelnden Einwanderungsgesellschaft, die wir geworden sind, das gemeinsame ‚Eigene‘ ist, das die kulturelle Differenz, also das je und je unterschiedlich registrierte ‚Fremde‘, überwölben soll. Es geht mithin um den Zusammenhang von Integration und Identität. Das ist eine Herausforderung, die von manchen, die in dieser Einwanderungsgesellschaft noch nicht recht angekommen sind, nur als Krise verstanden wird. Solches Krisenempfinden hat viel zu tun mit der historischen Verspätung unseres Landes im Umgang mit der lange nicht akzeptierten Einwanderungssituation. Und es hat zu tun mit der Verspätung von konzeptorientierter Integrationspolitik, in die wir uns im Grunde gerade erst einüben mithilfe des Zuwanderungsgesetzes.

Heute ist, nicht nur in Deutschland, das Stichwort ‚Integration‘ zu einem Sorgenthemen ersten Ranges geworden. Dabei wird hierzulande freilich oft unnötig und einseitig – nämlich nur zu Lasten der Zuwandererbevölkerung - skandalisiert und übertrieben. Das gilt z.B. dann, wenn der Blick auf die größtenteils friedliche Entwicklung in unseren Städten verstellt wird durch die Konzentration auf düstere Kehrseiten mit abschreckenden Stichworten - wie ‚Zwangsheiraten‘, ‚Ehrenmorde‘, ‚Schulskandale‘ und ‚Parallelgesellschaften‘. Es ist ja auch viel leichter, sensationelle Ausnahmesituationen zu beschreiben als die Mehrzahl der unauffälligen, aber je auf ihre Weise erfolgreichen Normallagen der Integration. Das Geheimnis der gelungenen Integration aber liegt gerade darin, daß sie unauffällig bleibt.

Nach den Ereignissen in französischen Vorstädten Ende vergangenen Jahres sehen manche publizistischen Propheten des Untergangs die urbanen Welten auch in Deutschland nur mehr im Prozeß von ethnischer, kultureller und sozialer Desintegration. Populistische Panikschreiber machen mit monströs aufgeblasenen kulturpessimistischen Menetekeln von sich reden, die auf die verängstigte ethno-nationale Volksseele zielen. Dabei geht es in kulturhistorischem Dilettantismus vorzugsweise um den Untergang einer vermeintlich epochenübergreifend statisch bewahrten, nämlich angeblich ‚tausendjährigen deutschen Kultur‘ in der schmutzig-fremden Brühe einer urbanen sog. ‚Multiminoritätengesellschaft‘. Die Panikmacher sind durchaus erfolgreich: Aktuelle Umfragen sagen uns, daß die Angst der Deutschen vor sog. ‚Überfremdung‘ durch Ausländer stark angestiegen ist: von 33 Prozent von knapp fünf Jahren auf 54 Prozent.¹ Zugleich glauben 56 Prozent der befragten Deutschen, daß ein ‚Kampf der Kulturen‘ (Huntington) zwischen Christentum und Islam bereits im Gange sei – 2004 glaubten das erst 46 Prozent und nurmehr 25 Prozent lehnen heute diese Einschätzung ab.²

Was oft fehlt, ist der nüchterne, auch für eigene Versäumnisse und nicht nur solche der Zuwandererbevölkerung offene Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit der Einwanderungssituation. Sie kann im Licht historischer Integrationserfahrungen noch immer als durchaus unauffällig und weithin erfolgreich beschrieben werden, obgleich es nicht zu verharmlosende Probleme und Spannungsfelder gibt. Das gilt, um nur drei Beispiele zu nennen: für die wieder sprunghaft angewachsene rechtsextreme Gewalttätigkeit, die nicht verharmlost werden darf; es gilt aber auch für eine zunehmende Gewaltbereitschaft unter jungen Zuwanderern der zweiten Generation; und es gilt für die schleichende Krise im schulischen Bereich.

Zu lange wurden einschlägige Warnungen von Experten der Wissenschaft und der Praxis überhört oder als bloße Dramatisierung abgetan. Um so weniger sollten solche Spannungsfelder heute populistisch dramatisiert werden – sie sind selber schon dramatisch genug.

Unzureichend bewußt ist vielen Zeitgenossen noch immer, daß Integration grundsätzlich beide Seiten verändert, die Mehrheitsgesellschaft wie die Zuwandererbevölkerung. Dabei ist freilich von der Zuwanderern stets ein bei weitem höheres Maß an Anpassung an - für beide Seiten - unmißverständlich zu formulierende Leitorientierungen und daraus abzuleitende soziale Umgangsformen in der Einwanderungsgesellschaft zu erwarten. Es geht also um die richtige Mitte zwischen der nötigen Forderung nach Integrationsbereitschaft der Zuwandererbevölkerung im Rahmen unserer demokratischen Werteordnung und der eigenen

¹ Forschungsgruppe Wahlen, April 2006, Süddeutsche Zeitung, 29.4.2006.

² Institut für Demoskopie Allensbach, FAZ, 17.5.2006.

Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zum Erlernen des Umgangs mit kultureller Vielfalt. Dafür setzt der Wertekanon unserer Verfassung einen klaren Rahmen, der grundsätzlich und in keinerlei Hinsicht zur Disposition stehen kann.

Viele der Leitbegriffe, die ich seit den frühen 1980er Jahren in Sachen Migration und Integration in die öffentliche Diskussion geworfen habe, sind aufgenommen und weitergetragen werden als gängige Redewendungen und festen Begriffe. Das reicht von dem Motto ‚Migration ist keine Einbahnstraße‘ bis hin zum Begriff der ‚nachholenden Integrationspolitik‘, der heute vor allem in der verkürzten Rede von der ‚nachholenden Integration‘ umläuft. Ich freue mich in diesem Zusammenhang ganz besonders, daß Herr Bundesinnenminister Schäuble in der letzten Zeit wiederholt das Motto ‚Integration ist keine Einbahnstraße‘ aufgegriffen hat. Ich will dafür keine Tantiemen haben; denn es ist ja gerade der Sinn von in die Welt gesetzten Redensarten, daß sie sich dort verbreiten. Ich würde mich aber freuen, wenn diese Formel in mächtigerem Munde jenen Wandel in der Haltung zu Migration und Integration verstärken würde, den ich mit diesem Motto anstoßen wollte.

Das ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt‘ ist nicht nur für Integrationsförderung da. Aber Integration ist eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft für Gesellschaft und Kultur, Recht und Politik, an der sich zugleich viele andere Streitfragen entzünden, die im Blickfeld des Bündnisses stehen. Deshalb habe ich dieses Feld hier etwas näher ausgeleuchtet.

Im Grunde dürfen sich alle ausgezeichnet fühlen, die hier eingeladen worden sind und sich in den letzten Tagen gemeinsam die Köpfe zerbrochen haben über Fragen, die alle gemeinsam und zugleich jeden einzelnen in seinem Lebensalltag angehen. Unsere Grüße gehen aber auch ermutigend hinaus an die vielen anderen, die sich tatkräftig im Sinne des ‚Bündnisses für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt‘ engagieren und die wir natürlich nicht alle hierher einladen konnten. Ihnen allen rufe ich angesichts der anstehenden Fußballweltmeisterschaft zu: Bleiben Sie am Ball im Sinne der Ideale und Ziele dieses Bündnisses. Sorgen sie dafür, daß in unserer demokratischen Gesellschaft auch im Alltag die Spielregeln eingehalten werden. Und seien Sie im Zweifelsfalle mutig genug, Spielverderbern die rote Karte zu zeigen.

Prof. Dr. Klaus J. Bade, Historiker, Publizist und Politikberater, lehrt Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück. Er ist Begründer und Vorstand des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) sowie des bundesweiten wiss. Rates für Migration (RfM) (www.kjbade.de).